

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

Energiekrise: Schaden die Sanktionen Russland?

Sind Sanktionen ein geeignetes Mittel, um den Krieg in der Ukraine zu beenden? *Seite 6*

9 Euro-Ticket:

**Wir brauchen
bezahlbare
Mobilität und
Klimaschutz!**

Seite 7

10 Jahre Linke Hartz4-Hilfe

Zum zehnten Geburtstag wünschen sich die Aktiven eigentlich, überflüssig zu werden. Leider wird die Sozialsprechstunde dringend gebraucht. *Seite 2*



Miethaie zu Fischstäbchen!

DIE LINKE. Wetterau macht Druck für die beschlossene kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mietpreise können nur gedeckelt werden, wenn ein ausreichender Bestand an Sozialwohnungen vorhanden ist.

**Wetteraukreis:
Bestand an
Sozialwoh-
nungen um
40 Prozent
gesunken**

Hessen: Die Armutsquote erreicht 18,3 Prozent

Noch nie lebten so viele Menschen in Deutschland am Existenzminimum: 13,8 Millionen. Wegen der Inflation und der steigenden Kosten für Energie, Miete und Lebenshaltung wächst die Armutsgefährdung.

Laut Armutsbericht 2022 des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat die Armut in Deutschland im zweiten Pandemie-Jahr (2021) einen traurigen Höchststand erreicht. Die Armutsquote liegt bundesweit bei 16,6 Prozent. In Hessen sogar bei 18,3 Prozent! 13,8 Millionen Menschen müssen demnach derzeit zu den Armen gerechnet

werden. 600.000 mehr als vor der Pandemie. Jetzt kommen noch zwei Probleme hinzu, die Armut verstärken werden: Erstens die Sanktionen gegen Russland. Diese Sanktionspolitik schadet Russland derzeit nicht wirklich. In Deutschland führt sie aber zu explodierenden Energiepreisen, die viele Haushalte nicht mehr bezahlen können.

2023 sollen in Deutschland Hyper-schallraketen Dark Eagle stationiert werden. Das sind Erstschlagwaffen, die Abwehrsysteme umgehen und in 10 Minuten in Moskau sein können. Ein Schuss kostet 40 Millionen Euro.

nen. Zweitens sollen zukünftig mehr als 80 Milliarden jährlich für Rüstung ausgegeben werden. Woher soll dieses Geld kommen? Kürzungen bei Bildung und Sozialausgaben treffen vor allem Haushalte mit geringem Einkommen.

Alltag im Nervenkrieg - Wie das Jobcenter Menschen schika-

Folge 21:



Bürgergeld: Raus aus der Armut?

"Mit dem Bürgergeld werden wir das System entbürokratisieren und dafür sorgen, dass Menschen in der Not verlässlich abgesichert sind". Das sagte Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales. **Schützt das neue Bürgergeld wirklich Menschen in Not?**

Angekündigt ist eine Erhöhung der Grundsicherung bei Hartz4 und Sozialhilfe um 40 bis 50 Euro pro Person und Monat. Das wäre eine Steigerung von etwa 10 Prozent.

Wenn das die Verbesserung beim Bürgergeld sein soll, ist es zynisch, das als „verlässliche Absicherung von Menschen in Not“ zu bezeichnen. Das ist bestenfalls die sowieso fällige An-

passung der Grundsicherung an die Inflationsrate und die Teuerungen. Wegen der extremen Preissteigerungen besteht derzeit eine existenzgefährdende Unterdeckung bei Hartz4 und Sozialhilfe. Der Gesetzgeber ist deshalb verpflichtet, die Grundsicherung anzupassen (BVerfG, Juli 2014). Das ist nicht mit einem Einmalzuschlag von 200 Euro (16,66 Euro im Monat) abgegolten. Notwendig ist kurzfristig eine monatliche Erhöhung von 100 Euro und dauerhaft eine Anhebung von 200 Euro.

10 Jahre Linke Hartz4-Hilfe

Im November 2022 feiert der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ seinen 10. Geburtstag. Seit Januar 2013 finden im Roten Laden in Friedberg Sozialsprechstunden statt. Zweimal in der Woche hilft ein ehrenamtliches Team Menschen durch den Behördenschunzel. Auch in der Coronazeit war der Ro-

te Laden geöffnet - natürlich mit einem Sicherheitskonzept und mit Luftfiltern ausgestattet. Leider stieg die Zahl der Hilfesuchenden im Laufe der Zeit immer weiter an. Im Jahr 2021 hat das Team etwa 1050 Hilfesprechstunden geführt. Durchschnittlich kommen 15 Menschen in jede Sprechstunde.

Die Probleme sind häufig komplex und nicht mit einem einzigen Gespräch zu lösen. Nicht nur wegen Corona gestaltet sich für Hilfesuchende der Kontakt zu Ämtern oft schwerfällig und zermürbend. Deshalb heißt Hilfe auch immer zuhören und Geduld aufbringen. Die Anliegen der Menschen stehen im Mittelpunkt.

Erstmals wurde nun diese Arbeit der Linken Hartz4-Hilfe mit einer Auszeichnung gewürdigt: Mit dem Sozialpreis der Stiftung Solidarität Frankfurt. Die Linke Hartz4-Hilfe erhielt in diesem Jahr den zweiten Preis, der mit 3000 Euro dotiert wurde. Die Ehrenamtlichen haben sich sehr gefreut! Mit dem Geld können sie die laufenden Kosten eine Zeitlang decken.



Einfach wegschauen?

Dass es Wohnungsnot im unteren Preissegment gibt, ist seit Jahren bekannt. Und seit Jahren wird das Problem ignoriert.

„Da sind wir nicht zuständig“, heißt es immer wieder in der Kommunalpolitik. Die Verantwortung für sozialen Wohnraum wird gern auf das Land und den Bund geschoben. Seltsam nur, dass auch da Ignoranz herrscht, wo sich Land und Bund engagieren.

So wurde von der CDU in Niddatal ein ökologisches Bauprojekt mit 25 Prozent sozialem Wohnungsanteil gecancelt. Die gute Landesförderung hat niemanden interessiert. Auch auf dem großen Kasemengelände in Friedberg könnte mit einer Bundesförderung sozialer Wohnraum entstehen. Die Mehrheit im Stadtparlament liebäugelt aber mit privaten Investoren und hofft, dass die dann sozialen Wohnraum schaffen.

Fortsetzung Seite 7

Wetteraukreis: Bestand an Sozialwohnungen um 40 Prozent gesunken

Die Anzahl der Sozialwohnungen in den Kommunen des Wetteraukreises ist um 40 Prozent zurückgegangen. Bei dem hohen Bedarf an Wohnraum im Niedrigpreissegment müsste eine solche Zahl eigentlich alle Alarmglocken auslösen!

Gabi Faulhaber, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag kritisiert: „Leider ignorieren viele kommunale Politikerinnen und Politiker die Brisanz auf dem Wohnungsmarkt, was bezahlbaren Wohnraum angeht. Sie beschäftigen sich einfach nicht mit dem Thema. Bestenfalls sieht man in Sozialwohnungen einen Kostenfaktor und deswegen haben viele Kommunen Wohnungen verkauft oder die Sozialbindung nicht verlängert. Manche haben ihre Sozialwohnungen gänzlich abgestoßen.“

Gab es 2013 noch 2512 Sozialwohnungen in den Wetterauer Kommunen, so sind es heute nur noch

1532. Das zeigt eine aktuelle Erhebung zum sozialen Wohnungsbau, die dem Kreistag vorgelegt wurde. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. gab es bereits 2013 eine erste Erhebung zum Stand der Sozialwohnungen und nun wurde diese Untersuchung endlich fortgeschrieben. Dabei kam der desaströse Rückgang um 40 Prozent ans Tageslicht und es wurde deutlich, dass immer noch so gut wie keine Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums ergriffen werden.

Auch die linke Kreistagsabgeordnete Anja ElFechtali hat kein Verständnis für die jahrelangen Versäumnisse im sozialen

Wohnungsbau: „Bei vielen Haushalten frisst die Miete inzwischen weit mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens. Wer im Niedriglohnsektor arbeitet oder ein kleineres Einkommen hat, ist mit den hohen Mieten armutsgefährdet. Die Armutsquote liegt in Hessen sowieso schon bei 18,3 Prozent. Sollen noch mehr Menschen in die Armut abrutschen? Selbst für Normalverdiener:innen stellt die Miete oft eine Belastung dar.“



Anja ElFechtali

Bezahlbarer Wohnraum ist auch kommunale Aufgabe

DIE LINKE. sieht soziale Wohnungspolitik auch als kommunale Aufgabe. Deswegen hat die linke Kreistagsfraktion immer wieder eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft ge-

wahl 2021 hatte der Kreistag endlich den Beschluss zur Gründung einer WoBau gefasst.



Gabi Faulhaber

WoBau: Gegründet um zu scheitern?

„Leider kommt die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft nicht in die Gänge“, sagt Gabi Faulhaber. „Es gab seit März 2021 keinen Zwischenbericht im Kreistag, wie weit das Projekt gediehen ist oder was man nun plant. Nichts!“

Noch dazu wurde die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft lediglich mit 2,1 Millionen Kapital ausgestattet. Die linken Anträge zur Aufstockung des Kapitals auf 21 Millionen wurden abgelehnt. Man steckte vorhandene Überschüsse im Haushalt lieber jahrelang in den Schuldenabbau. Wir werden jedenfalls den Ein- druck nicht los, dass die

kreiseigene WoBau zum Scheitern gebracht werden soll.“

Umdenken!

Anja ElFechtali fordert ein Umdenken: „Wer privaten Investoren den Wohnungsbau und Wohnungsmarkt überlässt und den sozialen Wohnungsbau ausbremst, handelt unsozial. Wer zulässt, dass seine Parteikollegen in Berlin die Vermögenssteuer verhindern und dass jährlich 80 Milliarden für Rüstung statt für Soziales ausgegeben werden, sollte nicht dauernd über fehlende Finanzen in den kommunalen Kassen jammern.“

Sattes Minus

In den letzten 10 Jahren haben einige Kommunen ihre Sozialwohnungen komplett abgestoßen. So zum Beispiel Altenstadt, Hirzenhain oder Münzenberg. Viele Wohnungen fielen aus der Mietpreisbindung und werden nun teurer. Allein in Bad Vilbel waren das 500 Wohnungen und in Friedberg 248. Nur in wenigen Kommunen steigt der Sozialwohnungsbestand minimal an.

Was nützen die Sanktionen?

Harte Sanktionen wurden verhängt, um Druck auf Russland auszuüben. Man will den Ukrainekrieg nicht mit dem Kauf russischer Energie finanzieren. Schaden die Sanktionen Putin?

Vor dem Ukrainekrieg bezog Deutschland etwa 55 Prozent seines Gases aus Russland. Im August waren diese Importe auf 35 Prozent gesunken.

Die Politik agiert schizophren: Einerseits würde man auf russische Gaslieferungen gerne ganz verzichten. Schon vor dem Krieg versuchten vor allem die Grünen, Nord Stream 2 zu verhindern. Andererseits haben alle Angst, dass Russland die Lieferungen einstellt.

Jedenfalls wissen wir jetzt, wie sich diese politisch erzeugte Energieknappheit in Deutschland auswirken wird: Die eigene Wirtschaft gerät unter Druck. Die Energiepreise gehen durch die Decke. Die Energiewende wird kurzfristig trotz des Klimawandels abgesagt. Die amerikanische Regierung freut sich über neue Abnehmer für ihr Fracking-Gas. Scheichs in Diktaturen kaufen preiswertes russisches Öl und Gas und liefern es zu

horrenden Preisen per Schiff nach Deutschland.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) appellierte an die Bürger:innen, die Heizung runterzudrehen und kürzer zu duschen. Alt-Bundespräsident Gauck, der jährlich 240.000 Euro Ehrensold bezieht, forderte uns gar auf, weniger zu jammern und für den Frieden zu frieren.

Soweit - so schlecht. Aber wenn es der Ukraine hilft, müssen wir das wohl aushalten, oder?

Sind die Sanktionen gegen Russland ein geeignetes Mittel, um den Ukrainekrieg zu beenden?

Leider kann das bezweifelt werden.

Russland ist ein Riesenland mit enormen Ressourcen. Diese Rohstoffe sind sehr gefragt. Und die meisten Länder der Erde beteiligen sich nicht an den Sanktionen.

Auch wenn ein harter Energieboykott Deutschlands vom Tisch ist, sollten wir uns klar machen: Russland verzeichnet Rekordeinnahmen aus Energiever-

käufen. Denn die steigenden Preise machen die geringeren Absatzmengen wett. China, Indien und sogar einige EU-Länder springen als Abnehmer ein. Zudem braucht Russland keine Euro und Dollar, um Lebensmittel, Öl oder Waffen zu finanzieren und Soldaten zu bezahlen. Seinen Krieg finanziert es überwiegend in Rubel.

Dies bedeutet nicht, dass die Sanktionen etwa bei Hochtechnologie oder der Druck auf Oligarchen vollkommen wirkungslos sind. Doch welchen Zweck sollen Energiesanktionen haben, die uns selbst mehr schaden als nützen und durch die Welt eine Spur der Verwüstung ziehen? Zumal selbst im Kalten Krieg die Energieversorgung nicht unterbrochen war.

Abgesehen davon, wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, beim Überfall der USA auf den Irak Energiesanktionen zu verhängen. Obwohl dieser Krieg einer halben Million Menschen das Leben gekostet hat.



9-Euro-Ticket ist der richtige Weg!

Drei Monate mit dem 9-Euro-Ticket haben gezeigt, dass ein klimafreundlicher und sozialer Fahrpreis möglich ist. Machbar wäre sogar ein Nulltarif - wenn es politisch gewollt würde...

Das 9-Euro-Ticket war ein Erfolg. Viele Pendler:innen sind auf den öffentlichen Nahverkehr umgestiegen. Und endlich konnten sich auch Menschen mit niedrigem Einkommen Mobilität leisten.

Deutlich wurde aber auch: Das öffentliche Verkehrsnetz muss ausgebaut werden. Nur so ist die Verkehrswende realisierbar.

Es ist der falsche Weg, das 9-Euro-Ticket wieder abzuschaffen. Ein preiswertes Ticket ist sinnvoll: Für den Klimaschutz und für die soziale Teilhabe! DIE LINKE. setzt sich deshalb für einen einheitlichen Tarif in Deutschland ein - nicht mehr als 1 Euro pro Tag; 365 Euro im Jahr. Langfristig muss der öffentliche Nahverkehr für alle kostenfrei werden.



Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „**Linke Hartz4-Hilfe Wetterau**“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite (werktags).

Mail: Linke-Hartz4-Hilfe-Wetterau@web.de

Telefon: 06031 1695707 (AB)

Kriege werden mit Waffen geführt und mit Verhandlungen beendet

Wer heute für Verhandlungen eintritt, um den Ukrainekrieg zu beenden, wird schnell angegriffen. Soll sich die Ukraine nicht wehren? Machst du Propaganda für Putin? Bist du gar ein Putinverstehler?

Dabei ist es gerade im Krieg unbedingt wichtig, zu begreifen, welche Interessen hinter den Handlungen stecken und wie ein Interessensausgleich herbeigeführt werden könnte. Wer ver-

steht, im Sinne von begreifen, hat ja wenigstens die Chance, richtige Entscheidungen zu treffen. Wer von falschen Voraussetzungen ausgeht, trifft auch falsche Entscheidungen. Mehr Waffen haben noch nie einen Krieg beendet. Durch Waffenlieferungen wächst jedoch die Gefahr, dass sich aus dem Ukrainekrieg ein Weltkrieg entwickelt. Und das wäre der komplette Wahnsinn!

.....

• So erreichen Sie **DIE LINKE.**

• Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi

• Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de

• O Ich möchte Informationen über DIE LINKE.

• Mich interessiert besonders das Thema:

• _____

• O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

• Name: _____

• Geburtsdatum: _____

• Beruf: _____

• Anschrift: _____

• Telefon: _____

• e-mail: _____

.....